Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 11 (1931-1932)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

aus eigenem Berantwortungsgefühl für etwas einsett, sondern sich bloß je man de m, der anonymen Masse Volk, verantwortlich fühlt, und da ein oberstes Organ als Verkörperung der Gesamtverantwortung, das hier ausgleichend eingreisen könnte, sehlt, sinkt unser öffentliches Leben und Vildungswesen auf eine immer tiesere Stuse herab. — Hier liegt Berusung und Sendung der an den Mittels und Hochschulen heranwachsenden Generation: aus ihrem gefühlsmäßigen Erfassen des Ungenügens des heutigen Zustandes die unerbittliche Forderung nach seiner überwindung zu stellen. Von ihr müssen Zwang und Antried zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen, zur Auslockerung der geistigen Erstarrung des an der Verantwortung besindlichen Geschlechts ausgehen. Durch ihren Ruf nach dem Führer soll sie der schöpferischen Persönlichkeit wieder den Weg zu Schule und Staat öffnen.

Politische Kundschau

Schweizerische Gegenwartsfragen.

Dienstverweigerer im Staatsdienst.

Die Berfassung ber Eidgenossenschaft legt die Staatsgewalt in die hände bes Bolkes. Sie gibt ihm bedeutende politische Rechte, aber sie auferlegt ihm auch Pflichten. Wie die Rechte gleichmäßig auf dem ganzen Volke ruhen, ohne Bevorzugung einzelner Kreise, so sind auch die Pflichten auf die Schultern des ganzen Bolkes verteilt. Jeder Bürger hat in gleicher Beise die Lasten zu tragen, die ihm ber Staat auferlegt. Das gilt im besonderen für die Wehrpflicht, die bei uns Sache des ganzen Bolkes, eine allgemeine Bürgerpflicht ift. Wer die Leiftung des Militärdienstes verweigert, und sei es aus an und für sich noch so achtenswerten Beweggründen, wird als Rechtsbrecher vom Staate bestraft. Beim gewöhnlichen Bürger hat es mit diesen gerichtlichen Bestrafungen sein Bewenden. Unders aber stellt sich bas Problem, wenn es sich um einen Beamten ober Angestellten bes Staates handelt. Es macht dabei keinen Unterschied, ob dieser ein Beamter des Bundes, eines Kantons ober einer Gemeinde sei. Es handelt sich in allen Fällen um Beamte eines Gemeinwefens, beffen oberftes Gefet die Bundesverfassung ift. Dag die Armee vor allem eine Bundesangelegenheit ist, die Kantone nur noch geringe Befugnisse im Militärwesen besitzen und die Gemeinden überhaupt nur in untergeordnetem Maße mit militärischen Aufgaben betraut sind, hat hier nichts zu bedeuten. Die Beamten all biefer Gemeinwesen seien somit turzweg Staatsbeamte genannt. Berweigert ein Staatsbeamter Militärdienst, so wird er gleich wie ein gewöhnlicher Bürger strafrechtlich verfolgt. Berührt aber die Dienstverweigerung (ober die Berweigerung der Wilitärpflichtersatssteuer) nicht auch seine Beamtenstellung?

Mit den Beamtenfunktionen hat die Dienstverweigerung unmittelbar nichts zu tun. Weder die Funktionen eines Eisenbahners oder Postangestellten, noch die eines Lehrers der staatlichen Schulen und Pfarrers der Landeskirche werden von der Dienstverweigerung berührt, es sei benn, auch die Amtskätigkeit werde zu antimilitaristischer Propaganda mißbraucht. Meist aber handelt es sich bei den Dienstwerweigerern aus Gewissensgründen um überaus gewissenhafte Leute, die auch ihre

Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen trachten. Das hindert gleichwohl nicht, daß Beamte mit ber Bermeigerung bes Militärdienstes fich in gang anderer Beise gegen ben Staat vergehen als gewöhnliche Bürger. Denn fie stehen nicht wie biefe in bem allgemeinen Berhältnis von Rechten und Pflichten, sonbern als Beamte in einem gang besondern Gewaltsverhältnis jum Staat, bas vermehrte Rechte und vermehrte Pflichten begründet. Den besondern Rechten des Beamten, die sich aus ber Natur seines Umtes ergeben, steht einmal die besondere Berpflichtung gegenüber, dieses Umt gemissenhaft zu erfüllen. Dann aber hat ber Beamte gegenüber bem Staat eine besondere, gang allgemein gerichtete Treuepflicht, die sich über die amtlichen Funktionen hinaus auch auf bas Privatleben bes Beamten erstreckt und verlangt, daß ber Beamte überall die Interessen bes Staates mahre und sich feine gegen ben Staat gerichteten Handlungen zu ichulben kommen lasse. Kommen solche Sandlungen doch bor, fo barf für ben betreffenden Beamten fein Plat mehr fein im Staatsdienst. Denn man tann nicht zwei Berren bienen; staatliche Funktionen ausüben und zugleich staatsfeindlich sich betätigen. Wer aus überzeugung gegen ben Staat arbeitet (Rommunisten) ober seine Bürgerpflichten nicht erfüllen will (Dienstverweigerer), muß die Folgerungen ziehen und ben Staatsbienst verlaffen. Beim Eintritt in den Staatsdienst verpflichtet man sich ausdrücklich oder stillschweigend bem Staate zu besonderer Treue. Rann man bies Bersprechen nicht halten, fo zeige man wenigstens Charafter und trete aus bem Staatsbienfte aus. Wo bies nicht geschieht, hat ber Staat die Pflicht, den treulosen Beamten zu entlaffen. Ift der Staat zu schwach dazu, fürchtet er unliebsames Auffeben, so verlett er bamit nicht nur alle staatstreuen Beamten, sondern überhaupt die Gefühle des staatstreuen Boltes, bas fich ob ber Dulbung folder Beamten und Angestellten im Staatsbienft emport.

Als staatsseindliche Handlung, die beim Beamten zur Entlassung führen muß, muß auch die Dienstverweigerung angesehen werden, weil durch sie die vornehmste Bürgerpslicht, die Wehrpslicht, verlett wird. Mit der Bestrasung durch die Misitärsgerichte hat die Entlassung aus dem Staatsdienst nichts gemein. Jenes ist die strafrechtliche Folge der Dienstverweigerung, die jeden Bürger trifft, dieses die disziplinarische Maßnahme, die nicht darauf gerichtet ist, den Beamten nochmals zu strasen, sondern die ein innerlich hinfällig gewordenes Beamtenverhältnis auschebt, den Beamtenapparat von treulosen Beamten säubert. Diese Säuberung wird sich nur gegen diesenigen richten, die aktiv die besondere Beamtentreue verlett haben durch staatsseindliche Handlung oder Haltung. Staatsseindliche Gesinnung allein kann nicht erfaßt werden, solange sie nicht tätig wird. Damit ist auch der Borwurf entkräftet, die Entlassung staatsseindlicher Beamter verstoße gegen die Gewissensteineit.

Die geschilberte Auffassung von der Pflicht des Staates, staatsseindlich sich bestätigende Beamte und Angestellte zu entlassen, ist in letter Zeit verschiedentlich praktisch wirksam geworden. Es sei an die Entlassung der Frredentistin Teresina Bontempi aus dem tessinischen Staatsdienst (Januar 1931), oder an die Entlassung zweier aktiver Rommunisten aus dem Bundesdienst (Februar 1931) erinnert. Hinssicht der Antimilitaristen haben die bernischen Kirchenbehörden zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß antimilitaristische Propaganda unvereindar sei mit der Stellung eines Pfarrers der bernischen Landeskirche. Bekannt ist auch noch die Entlassung eines Militärdienstverweigerers und Vormundschaftsbeamten aus dem Staatsdienste von Basel-Stadt (1929).

Den Anlaß, das ganze Problem öffentlich aufzuwerfen, bietet die Tatsache, daß das Divisionsgericht 4 am 21. Februar 1931 den Landwehrgefreiten Arnold Lüscher wegen Dienstverweigerung und Dienstverletzung zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, vom Grade entsett und aus der Armee ausgestoßen hat.*) Lüscher ist

^{*) &}quot;N. B. B.", Nr. 398, 4. März 1931.

Lehrer ber zürcherischen Bolksschule in Dänikon (Furttal). Als Lehrer ist er staatlicher Beamter und hat eine besondere Treuepflicht, die durch die grundsätliche Dienstverweigerung verlet wurde. Trothem hat man bisher nicht gehört, daß Lehrer Lüscher seinen Rücktritt erklärt hätte. Sein Gewissen scheint ihm zu erlauben, die vornehmste Bürgerpflicht zu verweigern und trothem noch im Staatsbienste zu verharren. Da ist es nun Sache ber zürcherischen Erziehungsbehörden, diesen Lehrer disziplinarisch zu entlassen. Es wäre längst nötig, daß sich auch die zürcherischen Behörden endlich auf den gleichen Standpunkt stellen, den bereits der Bund und eine Reihe von Kantonen einnehmen. Das staatstreue Zürcher Volk erwartet einmal einen grundsätlichen Entscheid der Regierung, ob sie Dienstverweigerer im Staatsdienste duldet oder nicht. Die Antwort ist insbesondere im Hinblick auf dienstverweigernde Lehrer und militärsteuerverweigernde Pfarrer nötig.

Bürich, Mitte Upril 1931.

Gottfried Zeugin.

Bur politischen Lage.

Spionage als Symptom. / Der spanische Umschwung. / Ein politisches Nachschlagewerk über Spanien.

In den uns heute fast unwahrscheinlich ruhig erscheinenden Jahren vor dem Weltkrieg bildeten die Spionagefälle jeweilen wahre Sensationsnachrichten. Mit Hochgenuß stürzten sich die Zeitungen darauf. Sie sahen darin Begleiterscheinungen des immer stärkern Wettrüstens und der zunehmenden politischen Spannung in Europa. Sie hatten damit, wie man bei rückschauender Betrachtung zugeben muß, nicht ganz so unrecht.

Heute nun wissen die Blätter alle paar Tage von einer neuen großen Spionagesaffäre in irgend einer Ecke Europas zu berichten. Innert kürzester Frist kamen z. B. in den letzten Tagen Berichte über deutsche Spionage im neuen französischen Grenzsestungsgürtel im Elsaß, über französische Spionage in Ostpreußen und verschiedenen andern Teilen Deutschlands, über eine ausgedehnte Werkspionage der Bolschewisten in zahlreichen wichtigen deutschen Industrien u. s. w. Aus diesen und zahllosen ähnlichen Fällen weiß man ganz genau, daß z. B. Frankreich über ganz Deutschland ein Netz von Spionen gezogen hat, das nicht nur Reichsheer, Schutzpolizei, Flotte u. s. w., sondern auch die ganze deutsche Industrie überwacht. Man weiß ebenso gut, daß in allen europäischen Staaten eine große Spionagesorganisation der Bolschewisten vorhanden ist, die mit Hilse der diplomatischen Berstretungen, der sogenannten Handelsvertretungen und der kommunistischen Parteien in alle militärischen und politischen Geheimnisse der verschiedensten Staaten eins dringt. Mit Leichtigkeit aber könnte man diese Beispiele vervielsachen!

Auch im Punkte der Spionage hat unsere Zeit also einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen. Sie wird in einem Umfange betrieben, der nie früher ersreicht worden ist. Sie gilt heute im Zeitalter des technischen Krieges ebenso sehr der Industrie wie dem Militär. Sie wird aber auch so ungescheut, so zhnisch offen und mit einer derartigen Selbstverständlichkeit betrieben, die man noch vor zwei Jahrzehnten für undenkbar gehalten hätte.

Diese Entwicklung ist zweisellos bloß ein Symptom für die durchweg vorhandene und auf keinen Fall im Rückgang befindliche Spannung in unserm Erdteil. Die Spionage ist da besonders ausgiebig, wo die politischen Beziehungen am schlechtesten sind, wie das an den russischen Grenzen, an der deutsch-polnischen Grenze, an der italienisch-südslawischen Grenze der Fall ist. Sie ist auch da besonders stark, wo militärische Maßnahmen ausgedehnter Art vorgenommen werden oder wo man in gewissen Industriezweigen militärisch wichtige Erfindungen vermutet. So ist natürlich ber neue große Festungsgürtel Frankreichs für Spionage besonders ansziehend und dasselbe gilt von wichtigsten Mittelpunkten der chemischen Industrie, des Flugzeugbaus u. s. w.

Das Aberhandnehmen der Spionage steht so in ausgesprochenem Widerspruch mit der angeblich fortschreitenden internationalen Verständigung, entspricht aber umso mehr der harten Welt der Tatsachen. Es ist ein Zeichen für die große poslitische Unsicherheit in ganz Europa und das allgemeine Mißtrauen der Staaten untereinander. Hie und da ist die Spionage noch viel ausgeprägter als ausgessprochenes Anzeichen von bevorstehenden größern Aktionen oder wenigstens der der vorhandenen Bereitwilligkeit zu solchen zu werten. Das gilt vor allem für das Spionagespstem der Bolschewisten. Insgesamt aber haben wir es hier mit einem beutlichen Warnungszeichen zu tun, das neben so vielem andern darauf hinweist, daß es allmählich hohe Zeit wird, wirklich und tatsächlich an die Sicherung einer friedlichen Zukunft unseres Erbteils zu benken.

* . *

Inzwischen ist nun auch die Standsestigkeit eines weitern europäischen Staates auf eine schwere Probe gestellt worden, nämlich die Spaniens. Ein halbes Jahrhundert der Ruhe war ihm vergönnt, das freilich den Zersall der spanischen Machtstellung nicht aufhalten konnte, das aber doch dem surchtbar mitgenommenen Lande allmählich wieder zu einer innern Festigung zu verhelsen schien. Die Moenarchie Alsons XIII. war sicherlich keine glänzende Zeit für Spanien, aber sie hatte doch in vielen Punkten ihr Gutes. Die Bevölkerung wuchs, die Wirtschaft entwickelte sich rasch. Nach dem Verlust des letzten Restes der amerikanischen Machtstellung gelang es sogar wenigstens an der Austeilung Nordasrikas sich einen Anteil zu sichern. So schien allmählich eine Grundlage zu entstehen, auf der sich ein Wiederausstieg des alten Reiches denken ließ.

Eine wichtige Vorbedingung dafür ist zweisellos die neutrale Haltung Spaniens in den Händeln der großen Welt gewesen. Auch hier wie in der spanischen Politik überhaupt wird man den Einfluß des Königs nicht unterschäßen dürsen. Auf jeden Fall ist dem Lande durch dieses Verhalten Vieles erspart geblieben. Natürlich gilt das in erster Linie für die Zeit des Weltkrieges, wo die Verlockung besonders groß sein mußte. Die Spanier erkannten aber, daß hier für sie nichts zu holen war. Sie hielten sich fern und sie hatten das Glück, daß diese neutrale Stellung auch wirklich respektiert wurde. So kam Spanien einigermaßen glücklich durch diese gestährliche Zeit.

Die Nachkriegszeit aber mit ihrer mächtigen Bewegung der Gemüter und mit ihren endlosen wirtschaftlichen Nöten hat dann das innere Gefüge Spaniens stark erschüttert. Offizierspolitik und republikanische Bewegung kamen auf. Alsons machte den Bersuch, der Nöte der Zeit und der Gesahren für seinen Thron mit einer Mislitärdiktatur Herr zu werden. Dieser Versuch war ein glatter Fehlschlag und reizte bloß die Widerstände der verschiedensten Art auf. Die durch Jahre angesammelte Unzusriedenheit machte sich so stark Luft, daß jeder Versuch der allmählichen Abersleitung in ein liberaleres Fahrwasser nutzlos war. Es kam zum völligen Umsturz. Was sich schon in so vielen andern Staaten ereignet hatte, das wiederholte sich nun auch in Spanien.

Es frägt sich nun einmal, was dieser Umsturz für Spanien selbst bedeuten wird? Werben es die vielgestaltigen republikanischen Gruppen verstehen, auch nur einen Teil der großen jett gehegten Hoffnungen zur Tat werden zu lassen? Das ist schon bei der Verschiedenheit der Ziele dieser Gruppen schwierig und noch mehr bei der Aberschwenglichkeit der Erwartungen. Wenn aber die Enttäuschung kommt, so kann eine Revolutionsregierung sehr leicht das Ziel neuer gewaltsamer Vorstöße werden. Sehr viel Gutes verheißt z. B. die allmählich einsehende Versolgung der Anhänger des alten Regimes durchaus nicht. So steht die junge spanische Republik

einstweilen noch auf wadeligen Füßen. Es ist beshalb leicht möglich, daß Spanien unruhigen Zeiten entgegengeht.

Budem hat die Revolution die Frage ber Neuorganisation des spanischen Staates aufgerollt. Ein schwieriges Rapitel ist hier vor allem das Berhältnis ber Grengbrovingen mit ausgeprägter nationaler Gigenart jum Gesamtstaat. Beinabe automatisch hat die Revolution Ratalonien eine gemisse Selbständigkeit verlieben. Sier waren ja die Unterdrückungsmagnahmen des alten Regimes, vor allem unter ber Diktatur, besonders icharf. hier ift denn auch der Gegenschlag besonders wuchtig ausgefallen. Aber nun fragt es fich, wie benn eigentlich bie Stellung Rataloniens werben foll. Denkt man an einen eigenen Staat im funftigen spanischen Bunbesstaat ober nur an weitgehende provinziale Selbstverwaltung? Denkt man allein an das eigentliche Ratalonien ober an ben Bereich ber fatalonischen Sprache? Das alles vermag wohl heute noch niemand zu sagen und so steht man ba vor einer Reihe schwieriger Butunftsfragen, die bringend eine Lösung erfordern. Diese Lösung ift aber durch den Wegfall der Monarchie sicher nicht leichter geworden. Darüber hinaus regen sich auch noch andere Provinzen, regt sich vor allem das uralte, besonbers ternige Boltstum ber Basten. Wird man benen verweigern fonnen, mas man Ratalonien bereits zugesichert hat?

Schließlich frägt man sich auch nach ben außenpolitischen Auswirkungen der spanischen Umwälzungen. Es ist durchaus nicht gesagt, daß die jezigen Macht-haber die vorsichtige, neutrale Haltung der bisherigen spanischen Außenpolitik sest-halten werden. Es sind jedenfalls hier unter den republikanischen Führern sehr verschiedene Strömungen vorhanden. So ist es leicht möglich, daß das neue Regime schon aus Prestigegründen versuchen wird, auf internationalem Boden eine Rolle zu spielen. Es könnte auch an die Ausgabe der kostspieligen Stellung Spaniens in Marokto denken, wie das bereits angetönt worden ist. Die Oppositionsparteien haben ja immer gegen das Menschen und Geld in unerschöpflicher Fülle verschlingende Abenteuer in Marokto Einspruch erhoben, sie könnten also jest leicht daraus die Folgerungen ziehen. Aber was kommt dann in Marokko? Wer würde wohl Nachsolger Spaniens? Auch das ist eine sehr kipliche Frage.

Man sieht so, daß die Revolution in Spanien dieses Land selbst und ganz Europa über Nacht mit einem weitern Knäuel sehr schwieriger Fragen beglückt hat. Das tat dem ruhebedürftigen, mit Spannungen überladenen Europa wirklich nicht auch noch Not. Man hat denn auch den Eindruck, daß dis jeht eigentlich nirgends so rechte Freude an diesem Ereignis besteht. Einstweilen ist eben die Unssicherheit noch zu groß. Italien schaut sowieso schief. England hat gerade genug andere Arbeit. Frankreich erhosst vielleicht von der franzosenfreundlichen Stimmung der meisten republikanischen Führer, die fast alle lange in Paris weilten, eine Stärkung seines Einslusses. Hier gibt es jedenfalls Kreise, die die spanische Revolution mit großer Freude begrüßt haben. Ebenso gern sieht man die Selbsständigwerdung Kataloniens, die den Spaniern zu schaffen machen wird. Aber ob von hier nicht einmal ein Funke in die katalonisch sprechende Grasschaft Perpignan in Frankreich herübersliegen wird? Das sähe man sicher in Frankreich außerordentslich ungern. Man hat schon der "regionalen" Schwierigkeiten an andern Grenzen genug.

* *

Da nun Spanien gerade in dieser Weise mitten ins politische Blickfelb hineingerutscht ist, sei hier noch auf ein Werk ausmerksam gemacht, das eben erschienen ist
und sich in hervorragender Weise eignet, einen Einblick in die spanischen Verhältnisse zu gewähren. Es ist das Buch eines Spaniers über Spanien.) Es ist nicht

¹⁾ Salvador de Madariaga: Spanien. Stuttgart, Deutsche Berlagsanstalt, 1930. 336 S.

nur ein sehr inhaltsreiches Werk, sondern vor allem auch ein bemerkenswert obsjektives politischen Bekenntnis. Die Grundlagen des spanischen Staates, alle die politischen Fragen, die ihn bewegen, werden eingehend und sachlich besprochen. Freilich ist es jetzt natürlich schon in Einzelheiten überholt, aber sein Sachgehalt ist so staat, daß es jedenfalls auch weitere politische Schwankungen überdauern wird. Ich kenne kein anderes Werk, das geeignet wäre, eine Grundlage zu einem Verständnis der jetzigen Lage Spaniens in gleicher Weise zu verschaffen. Ich verweise hier nur auf die aussiührliche, 40 Seiten starke Besprechung der katalonischen Frage. Ebenso interessant aber sind die Aussiührungen über die wirtschaftlichen Verhältsnisse, die Agrarfrage, die Stellung der Kirche und der Armee im Staate, die spanischen Kolonien und Marokko. Kurz, man sindet all das besprochen, was einem im Depeschenteil der Zeitungen an spanischen Problemen begegnet.

Marau, ben 30. April 1931.

hettor Ummann.

Zustand in Südtirol.

Durch andauernden, fünftlich geförderten Buzug von Italienern aller möglichen Berufstlaffen aus den alten Provingen murde in den letten Jahren an der Durchsetung bes beutschen Gebietes Sübtirols planmäßig gearbeitet. Die Erfolge, bie man erzielte, find freilich fehr verschieben ausgefallen: am ftartften wirkten fie fich naturgemäß in ben Städten aus, wo man die Zuwanderer in den mannigfaltigften Stellungen, als Beamte, Angestellte, Arbeiter und Rugnieger irgendwelcher Amtchen, beren das faschistische Regime unzählige zu vergeben hat, verwenden tonnte. Dagegen mußte man sich in den Landgemeinden, gang besonders im Gebirge, zu diesem Zwecke auf die möglichste Bermehrung der Carabinieri, Finangieri, ber Milig, Gemeinbeangestellten und Lehrfräfte mit ihrem unmittelbaren Unhang beschränken, ba es trop vielfacher Unftrengungen bisher nicht gelingen wollte, bauerlichen Grundbefit erfolgreich in italienische Sande zu fpielen ober Gewerbe und Sandel zu italianisieren. So sehen wir elf Jahre nach der Annexion te in e einschneibenben Beränderungen in der Zusammensetzung der bodenständigen Bevölkerung, wenn auch unter ben wenigen Stäbten bes Landes, insbesonbers Bogen im flüchtigen Besucher leicht ben Gindrud einer italianisierten Stadt erweden fann. Man fieht aber doch nur zu balb, bag biefe bie Strafen, Amter und Gaftlotale mit ihren lebhaften und lauten Umgangsformen erfüllende Urt, die fich icharf von ber ber Deutschsübtiroler unterscheibet, nicht eingewurzelt ist, sondern daß sie nur äußerlich die alten Formen zu überwuchern vermochte.

Das architektonische Stadtbild von Bozen hat sich allerdings unter Auswand beträchtlicher Mittel in gewissem Grade verändert. Als die Regierung Bozen zur Provinzialhauptstadt erhob, lag dies natürlich ganz in der Richtung jener Besmühungen, die das annektierte fremde Land durch möglichst sinnfällige Tatsachen auch äußerlich zu einem Stück des Königreiches Italien stempeln sollten. Dazu gesnügte keineswegs nur die Einführung der italianisierten Ortss, Flurs oder Straßensnamen und der Zwang zur ausschließlichen Berwendung der italienischen Sprache für alle Ausschriften, der italienischen Formen für die Bornamen — abgesehen von den inzwischen wieder zum Stillstand gekommenen Bersuchen der Berwelschung von Schreibnamen. Es erschien auch notwendig, dem Stadtbild einen möglichst charafsristisch italienischen Anstrich zu geben, um die Herrschaft des neuen Staates auch auf diese Beise sinngemäß zu dokumentieren. Die große Zahl der in Bozen seither errichteten Amter, die Notwendigkeit, für die zahlreichen Beamten und ihre Fasmilienmitglieder Wohnungen zu schaffen, gaben reichlich Gelegenheit, die alte Städt zwar nicht umzuwandeln, aber doch mit neuerrichteten Wohnkasernen zu durchseben

und geschlossene Stadtteile anzulegen. Für alle biese Bauten murbe, in frassem Gegensate zu ber auch in ben schlimmften Sahrzehnten ber Stilverirrungen verhältnismäßig gut gewahrten Bogner Bautradition, nun ber "neu-römische" Stil vorgeschrieben, der trot ber Säufung verschiedenster Formelemente antiten Ursprungs bisher noch taum befriedigende Lösungen zu zeigen vermochte und baber taum gegenüber ber heimischen Bauart als Fortschritt empfunden werden tann. Wenn man auch von den bewußt fremd wirkenden Augenarchitekturen absieht, find bie Grundriflösungen und Inneneinrichtungen dieser häuser schematisch von Bauten in süblichen Teilen Staliens übernommen, so daß sie ihren Bewohnern besonders in der falten Sahreszeit wenig Unnehmlichfeit bieten, aber auch sonft durch ein neuer Bauart taum verständliches Fehlen aller Bequemlichkeit auffallen. Je weiter ber Ausbau biefer neuen Beamtenstadt vor sich geht, besto beutlicher fühlbar werden biese zwei von Grund aus verschiedenen Auffassungen von den Aufgaben des Wohnhauses im Stadtbild. In bezeichnender Beise beuten sie ben Buftand bes gewaltsamen Ginbruches ber fremben italienischen Belt in einen von ihr in früheren Sahrhunderten zwar vielfach angeregten, aber boch völlig unterschiedenen Rulturtreis an. Um schärfften und herausfordernoften tritt biefer Borftog am "Siegesbenkmal" ju Tage, bas ber faschistische Staat an ber Talferbrude, am Gingang gur neuen Beamtenstadt, errichten ließ und von dem aus in goldenen Lettern die Mission des italienischen Boltes, den "Übriger (es follte ursprünglich den "Barbaren" beißen) Besete, Runft und Biffenschaft zu vermitteln", verfündet wird. Es ift verständlich, bag biefes in strahlendem, hartem Beig leuchtende Denkmal von der Bevölferung des nicht eroberten, sondern erft nach dem Baffenstillstand tampflos besetten Landes als Herausforderung empfunden werden muß und daß es nicht wenig zur Berbeutlichung ber Rluft zwischen ben Gubtirolern und ihren gegenwärtigen Beherrichern beigetragen hat.

Auf italienischer Seite bestand ichon seit dem ersten Ginsegen planmäßiger Berbearbeit für den Gedanken der strategischen Brennergrenze das Bestreben, glaubhaft zu machen, daß eine angeblich lebendige römische Tradition gegen den Einbruch bajuvarischer Barbaren zu verteidigen sei. Der Trientiner Ettore Tolomei hat in seinem "Archivio per L'Alto Adige" schon Jahre vor dem Kriege unermudlich diesen Nachweis zu führen versucht, so wenig ernst ihn auch seine eigenen Landsleute im Trento und jenseits der grun-weiß-roten Grenzpfähle deswegen genommen hatten. Als Italien aber bei den Parifer Friedensverhandlungen seine Unsprüche aus militärischen Brunden geltend machte, war es boch fehr eindrucksvoll gewesen, auf ein reichliches Dupend Bände angeblich wissenschaftlicher Literatur hinweisen zu können, mit ber biese Ausprüche begründet ichienen. Niemand mar bamals zur Stelle, der widersprechen fonnte. Auch heute noch hat man trot fo hervorragender Einzelwerte, wie es das von Otto Stolz über die deutsche Befiedlung Sübtirols 1) ist, bas an Hand umfangreichen Urkundenmaterials lückenlos bie beutsche Geschichte bes Landes beweist, nur wenige Arbeiten, die diese wissenschaft= lichen Fälschungen bes Tolomei'schen Archives von ben barin enthaltenen zweifellos wertvollen wissenschaftlichen Untersuchungen icheiben. Bier ist noch viel notwendige Arbeit zu leiften.

Ein ganz entscheidender Punkt für Italien war stets die Frage nach der Zahl der "anderssprachigen Bewohner", wie man die deutschen Südtiroler nennt. In der letzten österreichischen Bolkszählung von 1910 hatten sich 223,680 Südtiroler zur deutschen Umgangssprache bekannt, die erste italienische Bolkszählung hatte darauß 193,300 Deutsche gemacht, weil sie etwa 20,000 Deutsche, die zwar in Südtirol lebten, aber nach den sehr strengen Bestimmungen nicht für Italien optieren

¹⁾ Otto Stolz: "Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden". 3 Bde. Berlag R. Oldenbourg, München und Berlin 1928. (3. Bd. in Borbereitung.)

tonnten, als "Ausländer" zählte und außerdem noch ftarte Rorretturen auf Grund einer willfürlichen Ramensanalyse vorgenommen hatte. In späteren Reben Mussolinis wurde die Bahl gar nur mehr mit 180,000, von benen angeblich 80,000 eingedeutschte Italiener sein follten, angegeben. Man war nun gespannt, wie sich ber Staat bei der neuen Bahlung vom 21. April b. J. seinen frembsprachigen Minderheiten gegenüber verhalten wurde. Man hat einen fehr einfachen Ausweg gefunden: bon der These ausgehend, daß Italien nur Italiener fenne und baber jeder Staatsburger auch nur Italiener fein burfe, unterließ man die Erhebung ber Umgangsober Muttersprache, um fo aus bem ichwierigen Dilemma gu tommen, eingestehen ju muffen, daß trop aller Antundigungen ber raich fortichreitenden Ginichmelgung ber "Anderssprachigen" ihre Bahl gegenüber 1921 feineswegs fleiner geworden ift. Freilich ist bieser Ausweg ein Schönheitsfehler, benn daß diese über 200,000 Deutschen und 500,000 Slawen in gehn Jahren nicht spurlos verschwunden sein tonnen, muß felbst ber überzeugteste Staliener zugeben, aber es ift fur die Starrheit, mit der das extremste Nationalstaatsprinzip vom Kaschismus verfolgt wird, bezeichnend, wenn ber Staat über die Tatfache, daß fast dreiviertel Millionen seiner Staatsbürger nicht italienischer Muttersprache sind, hinweggeht.

Diese schroffe Absage an die Rechte fremden Bolkstums zu Gunsten des Staatsvolkes zeigt deutlich den Weg, den das faschistische Regime in Südtirol, trop mancher Ruhepausen und geschickt verbreiteter Dementis, gehen will: den der völligen Lähmung jeder Lebensäußerung, die ihren Absichten auf Eingliederung irgendwie entgegen sein könnte.

Gerade ben etwas allzu optimistischen Kommentaren einer sich angeblich ans bahnenden deutschsitalienischen Freundschaft gegenüber muß diese Tatsache klar bestont werden: Die Südtiroler Frage ist nicht eine Angelegenheit, bei der Zahlen einer Bevölkerung entscheiden, sondern ein Problem einer Staatsauffassung, der das deutsche Bolk nicht zustimmen kann, ohne gleichzeitig Millionen seiner Volkssgenossen in fremden Herbergsstaaten kulturell preiszugeben.

Es barf keineswegs irreführen, bag bie gewalt famen Berfolgungen in Subtirol gegenwärtig nicht so alltäglich find, wie dies zu Zeiten gewesen ift, als 3. B. der erste große Kampf der Behörden gegen die Erteilung häuslichen deutschen Leje- und Schreibunterrichtes eingeleitet murbe, nachdem die Schulen ber 3talianifierung anheimgefallen waren. Es ware aber falich, zu glauben, daß jest biefe Frage zu einer befriedigenden Löfung gekommen ift. Die Behörden find allerdings zurudhaltender geworden, die Erteilung diefes primitivften Unterrichtes in ber Muttersprache außerhalb bes Besuches ber italienisch geleiteten Schulen, in denen auch die Rinder untereinander fein Wort deutsch sprechen dürfen, ist tropbem keineswegs gesichert, selbst nicht in der von den Gesetzen ausdrücklich anerkannten Form des Unterrichtes an gleichzeitig nur drei Rinder. Es kam gerade in ber letten Zeit wieder verschiedentlich vor, daß solche freiwillige Hilfslehrkräfte bringlich vermahnt wurden und schriftliche Berbote zugestellt erhielten, auch wenn sie nachweislich nur einem Kind solche Nachhilfe zuteil werden ließen. Man kann baraus ermessen, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten die Erhaltung der Renntnis von beutscher Schrift und Sprache unter den beutschen Sudtiroler Rindern verbunden ift. Noch lebt im Bolke das Andenken der Opfer, die Dr. Noldin, Dr. Riener und Lehrer Riedl durch die Berbannung auf füditalische Inseln, viele Andere burch Polizeischikanen schlimmfter Art beswegen zu bringen hatten, weil sie es als ihre Pflicht ansahen, ben beutschen Silfsunterricht, ben ber Staat versagt, aus eigenen Rräften ber Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Aber nicht allein in der Unterrichtsfrage kämpft man in Sübtirol einen geradezu verzweiselten Kampf. Die völlige Ausschaltung von jedem maßgeblichen Einfluß in den Gemeindeverwaltungen, die zwangsweise Aberführung aller Berufsvertretungen und Interessengemeinschaften auch rein wirtschaftlicher Art in die Sande faschistischer Funktionare, die mit ben Bedürfniffen bes Landes, beffen Sprache fie in den wenigsten Fällen verstehen, in feiner Beise vertraut sind, wirkt sich aufs schädlichste aus. Hierbei tritt immer wieder der Fall ein, daß die Intereffen der Stalianifierungstendeng die bes Staates empfindlich gefährden und die Birtichafts- und Steuerfraft lähmen. Tropbem ift es bisher nicht zu erreichen gewesen, hier Wandel zu ichaffen und ben bodenständigen Subtirolern wenigstens in ben Belangen, in benen fie naturgemäß größeren Ginblid befigen muffen als die erst fürzlich zugewanderten Italiener, freie Sand zu lassen. Gehr lehrreich ift in biefer Beziehung eine fürglich erschienene Arbeit über ben Beinbau in Südtirol,2) bie auch in ber Schweiz besonderes Interesse finden durfte, ba die Schweiz etwa 80,000 hl Subtiroler Weine im Jahre einführt, fast ein Biertel ber gesamten Beinproduktion Subtirols. Der Berfaffer zeigt auf Grund eines trop aller Schwierigkeiten der Beschaffung sehr umfangreichen Materiales, wie auch auf diesem rein wirtschaftlichen Gebiete die Fürsorge bes Staates völlig versagt und durch die Berbote von Zusammenschlüffen außerhalb der zu politischen Zweden gebildeten Synbifate einer Entwicklung des Gudtiroler Beinbaues größte Sinderniffe in den Beg gelegt sind.

So wenig dem Staate aus diesem im allgemeinen durch innenpolitische, in Sübtirol noch im besonderen durch die Entnationalisierungsabsicht getragenes Berhalten genütt ift, führte biefes Berhalten g. B. auf bem Gebiete ber Siedlung und Bodenverbefferung geradezu zu ichweren Schlappen. In den Jahren der überfturzten Entnationalisierungsoffensive glaubte man burch Siedlungsaftionen bas geschlossene beutsche Gebiet Subtirols zersprengen zu können. Die italienische Rriegsteilnehmerorganisation (Opera Nazionale Combattenti) erhielt vom Staate die dort beschlagnahmten Besitze der ehemaligen Gegner im Rriege, im besonderen der Reichsbeutschen, zum Geschent. Außerdem murbe ihr das Monopol auf Bodenverbesserungs- und Flugregulierungsarbeiten im gangen Gebiete zuerfannt. Darüber hinaus erhielt aber die Opera Nazionale Combattenti bezeichnenderweise noch das Recht, geeignet ericheinende Buter zu enteignen, um barauf neue Sieblungen angulegen ! Da es in Subtirol, im besonderen in dem in Frage kommenden Etschgebiet, feine Groggrundbesite gibt, konnte in dieser Magregel nur ein Mittel gesehen werden, ben geschlossenen beutschen Siedlungsraum zu durchbrechen. Wirtschaftliche Erwägungen waren dabei nicht maßgebend. Tatfächlich hat die Opera Nazionale Combattenti in den folgenden Sahren auch ftatt der notwendigen Flufregulierungsarbeiten mit Enteignungen beuticher Sofe begonnen und errichtete in ber Nabe von Meran auf teilweise höchst ungeeigneten Sumpfboden und auf den enteigneten Höfen ein "Dorf", bestehend aus etwa 20 Siedlungsstellen, die im Typus süditalienischer Rleinbauernhäuser gebaut wurden. Bächter, die man aus Altitalien verschrieb, sollten die Güter bewirtschaften. Natürlich schlug das Experiment fehl. Nachdem man Millionen Live hineingesteckt hatte, mußte man erkennen, daß sich bie Birtichaftsformen aus Altitalien, bas Bachtersuftem im besonderen, auf Gubtiroler Berhältnisse nicht übertragen lassen. Das "Dorf" steht leer und in letter Beit wurden Bersuche eingeleitet, die Besitzungen der Opera Nazionale Combattenti in ihrer Gesamtheit zu verkaufen. Dies ift ein Mißerfolg, der den Wortführern ber unentwegten Entnationalifierung eine beutliche Warnung sein sollte.

Relix Rraus.

²⁾ Ulmer: "Die Weinwirtschaft Sübtirols". Universitätsverlag Wagner, Innsbruck, 1931.